



# HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2008

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Intensivierung des Dialogs mit der Region rund um den Flughafen Frankfurt**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Belastungen insbesondere durch Fluglärm für die in der Region rund um den Flughafen Frankfurt lebenden Menschen stetig größer geworden sind. Er kritisiert deshalb nachdrücklich, dass der von der Landesregierung am 18. Dezember 2007 erlassene Planfeststellungsbeschluss zur Erweiterung des Flughafens Frankfurt entgegen dem vielfach gegebenen Versprechen des Ministerpräsidenten als Ausgleich für die wachsenden Belastungen am Tage kein Nachtflugverbot enthält. Der Landtag sieht darin eine gravierende Abweichung vom Ergebnis des Mediationsverfahrens und obendrein eine Missachtung der von ihm erstmals bereits im Mai 2000 einstimmig beschlossenen Notwendigkeit eines solchen Nachtflugverbots.
2. Der Landtag bekennt sich zu seiner historischen Verpflichtung, im bestehenden Konflikt um den Flughafen Frankfurt zwischen verkehrlichen Erweiterungsforderungen insbesondere aus der Wirtschaft einerseits und den dadurch wachsenden Belastungen der in der Region lebenden Menschen andererseits seinen Beitrag zur Verhinderung einer Eskalation der Auseinandersetzungen zu leisten und die berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu unterstützen.
3. Der Landtag erachtet es deshalb als dringlich, unabhängig von den anhängigen juristischen Auseinandersetzungen um den Planfeststellungsbeschluss, den Dialog mit der Region rund um den Flughafen zu intensivieren und ihm einen dauerhaft tragfähigen Rahmen zu geben. Die im Regionalen Dialogforum (RDF) begonnene Diskussion muss dergestalt erweitert werden, dass neben aktuellen Fragestellungen insbesondere auch langfristige Perspektiven der Entwicklung des Flughafens und der Region um ihn herum entwickelt werden. Nachdem von der Landesregierung sowohl die Zusage der Planfeststellung beim Bau der Startbahn 18 West, dass keine weitere Bahn mehr genehmigt werde, als auch das Versprechen des Nachtflugverbots gebrochen wurden, erachtet es der Landtag als vorrangig, endlich politische Verlässlichkeit in der Flughafenpolitik sicherzustellen. Dazu ist als wichtigstes Ziel die kontinuierliche Minimierung der Belastungen durch den Flugverkehr für die in der Region lebenden Menschen zu garantieren. Entsprechend dem in der Mediation formulierten "no regret"-Grundsatz sind dabei frühzeitig umfassende Informationen über Entwicklungen und zu treffende Entscheidungen einschließlich einer genauen Analyse ihrer möglichen Folgen zur Diskussion zu stellen.
4. Das aus dem RDF entwickelte Konzept des Umwelthauses kann nur dann zu einer geeigneten Grundlage für den Dialog mit der Region werden, wenn die Menschen sich innerhalb der Organisation eines solchen Hauses vertreten und ernst genommen fühlen. Eine solche Institution kann ihre Aufgaben somit nur erfüllen, wenn auch kritische Positionen zum Ausbau des Flughafens und zu den Belastungen durch den Flugverkehr institutionell ebenso einbezogen werden wie die In-

teressen der Luftverkehrswirtschaft. Demgemäß ist neben den betroffenen Kommunen eine Beteiligung von Bürgerinitiativen unbedingt erforderlich. Zur Sicherstellung eines fairen Dialogs sind die entscheidenden Gremien paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Interessen der Bevölkerung und des Luftverkehrs zu besetzen. Die Mitwirkung zuständiger Behörden und ergänzendes Fachwissen sind ebenso durch beratende Mitgliedschaften einzubeziehen wie die Anbindung an die Landespolitik (Landesregierung und Landtag).

5. Die Finanzierung der Institution "Umwelthaus" erfolgt seitens der Beteiligten, das heißt auch durch die Luftverkehrswirtschaft. Für die Vertretung der Bevölkerung (Kommunen und Bürgerinitiativen) übernimmt das Land die finanziellen Anteile; sie können aus den dem Land zufließenden Erträgen der Fraport AG gedeckt werden.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag alsbald eine gemäß den vorstehenden Grundsätzen erarbeitete Konzeption zur Intensivierung, Organisation und Institutionalisierung des Dialogs zwischen Flughafen und Region zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wiesbaden, 6. Mai 2008

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**